

AUS DER RECHTSPRECHUNG DES EGMR

UNGARN

Abschiebehaft von Flüchtlingen

Die Sache *Nabil et al. /.* Ungarn¹ lässt bereits ahnen, welche Verfahren auf Ungarn wegen der Behandlung von Flüchtlingen zukommen können. Im vorliegenden Fall waren die drei somalischen Beschwerdeführer nach einer Reise durch Griechenland und Serbien in Ungarn ohne Papiere u. ä. aufgegriffen und in das Auffanglager Röszke gebracht worden. Gegen sie erging eine Ausweisungsverfügung und die Anordnung von Ausweisungshaft. Danach beantragten die Beschwerdeführer Asyl. Die Haftanordnung wurde durch Gerichte auch während des Asylverfahrens aufrechterhalten, auch wenn die Ausweisungsverfügung für die Dauer des Verfahrens ausgesetzt wurde.

Entgegen der Ansicht der Beschwerdeführer sah der EGMR nur Art. 5 Abs. 1 Buchst. f) EMRK als einschlägig an, der eine Freiheitsbeschränkung gegen Person nach einer illegalen Einreise oder zur Durchführung einer Ausweisung erlaubt. Diese Bestimmung sah der EGMR für verletzt an, weil sie nur eine Abschiebehaft bei alsbaldiger Abschiebung decke.

Der vage Verdacht, die Beschwerdeführer werden sich nach Ablauf des Asylverfahrens einer erneuten Ausreisepflicht entziehen, reiche für Art. 5 Abs. 1 Buchst. f) EMRK nicht aus. Die ungarischen Gerichte haben sich in den Haftprüfungserfahren zudem nur mit den Gründen in der ersten Haftanordnung – die noch vor Stellen des Asylantrags ergangen war – beschäftigt und sind nicht auf die (restriktiveren) Haftgründe eingegangen, die während eines Asylverfahrens die Inhaftnahme des Asylbewerbers erlauben. Daher fehlte es auch an einem „gesetzlich vorgesehenen Verfahren“ i. S. v. Art. 5 Abs. 1 EMRK.

Herbert Küpper

¹ Urteil v. 22.9.2015, AZ.: 62116/12.